

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Preis: 1 Mark täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.80 M., vierteljährlich 5.00 M., durch Erleger und andere Bezugsstellen frei ins Haus monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.45 M., vierteljährlich 4.20 M. ohne Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Berlin, Schriftleitung und Hauptredaktion: Wiesbaden, Nikolastr. 11. Fernruf Nr. 2915, 2916, 2917. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Umgebung 50 Pf., in anderen Orten 60 Pf., außerhalb 70 Pf., in den Provinzen 1.00 M. Druckpreis 2. Rabat laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 98

Donnerstag, 27. Februar 1919.

73. Jahrgang.

Der Blutrausch.

Mit Idealismus fängt es an, mit Irrsinn und Verbrechen hört es auf. Der hehre Begriff Freiheit, der in jedem lebenden Wesen wohnt und ein mächtiger Faktor jeder menschlichen Entwicklung ist, wird umgewertet zur Jügellosigkeit, zur Grausamkeit, zum Blutrausch. Das Symbol, das im Namen Spartakus liegt, die Sehnsucht nach der Befreiung aus jeder Knechtschaft, wird zum aufreizenden Fanal hemmungsloser Gewalttätigkeit; Selbstbestimmung, Eigentum und Leben werden vogelfrei. Eine geistige Welt geht über die Erde und vergiftet die Hirne, ein ansteckender Wahnsinn verleiht die Völker; Millionen von Menschen gebärden sich wie Amokläufer, vergewaltigen und töten ihre Nebenmenschen — alles im Namen der Freiheit. Die Ralschmünzerei des Begriffes Freiheit ist der Fluch und die Schmach unserer Zeit. Dekatonnen von wertvollen Menschenleben forderte diese Seuche in Russland und Deutschland, fordert sie noch täglich und wird sie weiter fordern, wird sie auch in anderen Ländern fordern. Die allgemeine Not ist ihr bester Nährboden, und keine Grenzsperrung schützt vor der Ansteckung. Das zeigt uns der Anschlag auf den französischen Ministerpräsidenten, das zeigt uns die Tätigkeit der Bolschewiken in Amerika, das zeigen uns die Wärgungen in Italien und anderswo. Wir haben uns schon daran gewöhnt, daß wir täglich von Toten und Verwundeten hören und erschauern erst wieder, wenn Verbrechen, von denen alle Welt im guten oder bösen Willen, dem Blutrausch zum Opfer fallen.

Alle zivilisierten Völker der Erde müßten, was sie auch noch entgegen möge, zusammenhalten, um vereint dieser verheerenden Seuche unserer Zeit zu Leibe zu gehen. Die stärksten Teile der Volkshörper müssen ohne Gefühlsbelei ausgeschnitten werden, wenn das Volksganze wieder gesund sein soll. Wie die Dinge augenblicklich liegen, ist an ein solches Zusammengehen leider nicht zu denken. Es müßten zuerst noch viele Opfer des Bolschewikentums, der internationalen Amokläufererei, fallen — und sie werden fallen — bevor sich die Ueberzeugung durchsetzt, daß die Staaten der Erde Hand in Hand gehen müssen, um Ordnung und wahre Freiheit, um Gesetz und Recht, Leben, Arbeit und Eigentum sichern zu können. Der Gedanke des allgemeinen Bündnisses der Völker wird vielleicht auf diesem Wege zustande kommen, denn dieser Weg ist der einzige, der wieder hinüberführt auf dem internationalen Pfad des Irrsinn und Verbrechens.

Attentatsgerüchte.

Nach einem New-Yorker Havasbericht wurden am Sonntag 14 Spanier unter dem Verdacht, ein Komplott gegen Präsident Wilson geübt zu haben, verhaftet. Das Komplott sollte bei Wilsons Landung in Boston zur Ausführung gelangen.

Die Havasagentur berichtet weiter aus New-York: Die Polizei hat im Auf der 14 Spanier, die wegen Verhaftung gegen Wilson verhaftet wurden, eine ausgedehnte amerikanische Propaganda, zahlreiche Flugblätter sowie eine demontierte Maschine von besonderer Konstruktion entdeckt. Nach der Erklärung der Polizei wurden Bolschewiken verhaftet, die in einen Anschlag verwickelt waren, der bei der Ankunft Wilsons erfolgen sollte.

DZ. London, 26. Febr.

Was Rabul ist die Nachricht vom Tode des Emirs von Afghanistan eingetroffen. Einzelheiten fehlen noch, aber es scheint, daß der Emir am frühen Morgen des 26. Februar im Lager von Laghman überfallen und erschossen wurde. Nach bisherigen Gerüchten wurde niemand verhaftet. Der Grund des Mordes ist augenblicklich noch unbekannt.

Heimkehr der Helden von Ostafrika.

Berlin, 26. Febr.

General v. Lettow-Vorbeck ist, wie gemeint wird, auf dem Wege von Plymouth nach Holland. Am 8. März ist bei feierlicher Einzugs unserer Ostafrikakrieger durch das Brandenburger Tor in Berlin stattfinden. Es werden daran etwa 120 Afrikakämpfer teilnehmen, an der Spitze derselben General v. Lettow-Vorbeck und Gouverneur Schaefer.

Der Spartakuswahnsinn.

Wieder eine Umwälzung in Düsseldorf.

WTB. Düsseldorf, 25. Febr. In Düsseldorf vollzog sich in der vergangenen Nacht eine große Umwälzung. Der aus Unabhängigen und Spartakiden bestehende Arbeiterrat beschloß gestern mit überwältigender Mehrheit, die Wiederannahme des Generalstreiks abzulehnen. Daraus ist dieser Arbeiterrat von den radikalen Elementen, den Spartakiden und Arbeitslosen geklärt worden. Die Unabhängigen, welche Mitglieder des bisherigen Vollzugsrates waren, sind in sogenannte Sicherheitskommissionen genommen worden. Der neue Vollzugsrat soll den Generalstreik mit aller Stärke durchzuführen. Die Empörung der Arbeiterschaft, welche weiter zu unfehligen Forderungen gezwungen werden soll, ist ungeheuer.

Ein Mord in Mannheim.

Mannheim, 25. Febr.

Kommerzienrat Karl Reuther, von der Firma Pöschel, Bopp u. Reuther, wurde heute auf dem Weg von seiner Fabrik zu seiner Wohnung von einem Unbekannten erschossen.

Neue Schießereien in Berlin.

Berlin, 25. Febr. In der letzten Nacht sind hier an mehreren Stellen, besonders in der Nähe der Reichsbank, in der Wilhelmstraße und im Zeitungsviertel Schießereien vorgekommen. In das Moskauer Verlagshaus sind mehrere Geschosse eingedrungen. Die Telefonleitungen sind von den Spartakiden zerschnitten worden. — Gestern Abend haben in Berlin mehrere Versammlungen der Kommunisten stattgefunden, in denen die Meinung vertreten wurde, daß noch den Vorgängen in München und in Baden die Kommunistenpartei auch in Berlin eine regere Tätigkeit entfalten müsse. Die in Berlin verfügbaren Truppen sind stark genug, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Schandtaten im Osten.

In Schwet bei Graudenz verübten Spartakiden, entlassene Rotwehren, zwei wegen Fleischdiebstahl verhaftete Männer zu bestehlen. Als Militär einmarschierte, flohen plötzlich aus den Häusern mehrere Schiffe. Das Militär erwiderte das Feuer, wobei ein zwölfjähriges Mädchen, sowie ein älterer Mann erschossen wurden. Ueber Schwet wurde der Belagerungszustand verhängt.

Die Beisehung Eisners.

Zu Tausenden strömten die Teilnehmer an dem Trauerzug schon in den ersten Vormittagsstunden zur Trauerstätte, wo sich der Trauerzug zusammenstellte. Die Straßen trugen roten und schwarzen Flaggenschmuck. In dem entlosten Trauerzug sah man auch eine Deputation russischer Kriegsgefangener. Das Infanterie-Regiment nahm in Stahelbäumen am Rande teil. Zahlreiche Musikkapellen spielten. Als der Trauerzug gegen 10 Uhr am Friedhof anlangte, setzte von allen Kirchen Trauergeläute ein und in allen Dörfern wurde Ehrensalut geschossen. Mäher mit rotbedruckten Tragflächen umkreisten die Andenkungsstätte. Die Gedächtnisrede hielt Arbeiterrat Landauer. Nach ihm sprachen die Minister Jasse und Unterleithner, die Abgeordneten Haase und Karl Rautsch, Frau Dr. Demmann, sowie Vertreter der Mehrheitssozialisten und der Gewerkschaften. Rotwehren trugen den Sarg zum Verbrennungsofen. Der Zug verlief ohne Zwischenfall.

Auf dem Hätelkonarch ist mitgeteilt worden, daß der Mörder Eisners, der junge Graf Arco Valles nicht ist, sondern nur sehr schwer verundet ist. Doch konnte er bereits vom Staatsanwalt vernommen werden. Er erklärte, daß er den Entschluß zur Tat völlig selbständig gefaßt habe. Der Staatsanwalt hat aus der Vernehmung den Eindruck gewonnen, daß eine Verschönerung größerer Stilles nicht besteht. Die Untersuchung wird fortgesetzt. Bezüglich des Attentats auf den Landtag, bei dem u. a. Minister Auer schwer verundet wurde, heißt der „Vorwärts“ auf Grund von Berichten seines Sonderkorrespondenten fest, daß der Anschlag von den Kommunisten von langer Hand vorbereitet gewesen sei. Am den Landtag zu sprengen. Das Zusammenreffen mit dem Attentat auf Eisner sei nur ein Zufall.

Minister Auer.

Ueber das Befinden des schwer verletzten Ministers Auer wird mitgeteilt, daß sich sein Zustand in der letzten Nacht wieder verschlimmert hat und eventuell mit seinem Ableben gerechnet werden muß.

Deutschlands Lebensmittelversorgung.

Die Verhandlungen in Spaa verschoben.

Berlin, 26. Febr.

Die Verhandlungen in Spaa können nicht vor dem 4. März aufgenommen werden. Die deutsche Delegation ist auf die Mitteilung davon wieder von Spaa abgereist. Als Grund wurde angegeben, daß sich die Entente in der finanziellen Frage noch nicht geeinigt habe. Die Verhandlungen sollten die Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands zum Gegenstande haben.

Deutsch-Oesterreich.

DZ. Wien, 24. Febr.

Präsident Seitz hat die konstituierende Nationalversammlung für Dienstag einberufen.

Rätefrage und Kabinet.

Weimar, 26. Febr.

Die sich mehrenden Konflikte mit den Räten haben verschiedene Regierungsmitglieder, darunter Scheidemann, den Gedanken nahegelegt, in irgend einer Form das Räteystem dem jetzigen Verwaltungsapparate einzufügen. Ein solcher Versuch dürfte auf die entschiedene Gegnerschaft im Zentrum und bei den Demokraten innerhalb des Reichsministeriums stoßen. Es gilt daher als nicht ausgeschlossen, daß es infolge dieser Frage zu einer Krise im jetzigen Kabinet kommen kann.

Deutsche Nationalversammlung.

(15. Sitzung.)

Weimar, 25. Febr.

Am Regierungstisch: Scheidemann, Roske, Bisell, Preuß, Landsherg, Robert Schmidt u. a.

Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung um 10 1/2 Uhr. Es folgte die erste und eventuelle zweite Beratung des von den Abgeordneten Lobe, Gröber, v. Pauer und Dr. Richter eingebrachten Gesetzentwurfes über die

Bildung einer vorläufigen Reichswehr.

Abg. Schöpslin (Soz.): Die endgültige Reichswehr wird in ihrer Stärke von den Friedensverhandlungen und anderen Faktoren abhängen. Das Gesetz soll Ende März 1920 wieder außer Kraft treten. Die vorläufige Reichswehr soll geschaffen werden durch Anwerbung von Freiwilligen und durch Annullierung der vorhandenen Freiwilligenverbände. Das aber einheitlich werden muß, ist, daß diese Reichswehr die Reichsverfassung revidiert, daß sie bereit ist, in Konflikten mit der Reichsregierung unterzuordnen und den Reichsgesetzen Geltung zu verschaffen. Notwendig ist auch, daß die Freiwilligen sich einer Kommandogewalt unterstellen. Ich möchte bei der Gelegenheit auch ein Wort an den Deutschen Offiziersbund richten. Ich verheie es, wenn die Offiziere versuchen, den gegenwärtigen Zustand, soweit er sie persönlich betrifft, zu ändern. Aber die Herren sollten doch aus den Vorgängen seit der Revolution gelernt haben, daß sie auf manches werden verzichten müssen, was ihnen als Offizieren sehr angenehm war, so z. B. auf die volle Kommandogewalt. Eine solche Kommandogewalt wird nicht mehr sein. Ich muß sagen, es ist nicht gerade sehr imponierend, wenn der Bund in seinen Aufstellungen so großen Wert auf Uniformfragen, auf Ähneln usw. legt. In dieser Zeit sollten deutsche Offiziere höhere Interessen haben als Uniformfragen und Ähneln. Wenn sie auch die alte Grundschrift wieder verlangen, so ist auch das wahrscheinlich umwollt und auch nicht einmal wünschenswert.

Abg. Gröber (Z.): Die Vertriebenenleute bei den Soldaten dürfen keinen politischen Chorleiter bekommen. Schaffen wir schnell das Gesetz, damit wir bekommen, was wir wünschen: Schutz und Ordnung für unser Vaterland.

Abg. Siehr (Dem.): Wir fordern von der Regierung mit aller Energie, daß sie den österrückischen Grenzländern Hilfe, sie vor dem Rückwärtsgehen zu bewahren. Wir fordern, auch in Schlesien, Polen und Böhmen ein weiteres Vordringen der Polen über die schwachen Demarkationslinie hinaus zu verhindern. Euergeißt muß die Regierung im Innern des Landes für Sicherheit und Ordnung eintreten.

Abg. Haernde (Deutschnationalsoz. Pst.): Die Vorlage ist ein Zeichen der Ohnmacht. Sie soll uns in den Stand setzen, den Unruhen Einhalt zu gebieten. Wir sind durch die Vorgänge der letzten Wochen nicht abgerückt worden. Man spricht gerade jetzt wieder so viel von der Gegenrevolution, nur weil der Mörder Eisners ein Graf war. Von uns droht ihnen keine Gefahr. Man sollte die Offiziere in ihre Ehrenrechte einleiten.

Abg. Henke (N. D.): Notürlich möchte der Vortrager den Grundgedanken des alten Militarismus lieber heute als morgen wieder lebendig machen. Wenn er annimmt, daß in diesem Entwurf mancherlei von dem alten militärischen Geiste wieder lebendig wird, so müssen wir ihm darin zustimmen und deshalb dem Entwurf auf das Schärfste bekämpfen.

Reichswehrminister Roske: Ich komme mit meiner sozialdemokratischen Vergangenheit nicht im mindesten in Widerspruch, wenn ich mich dafür einsetze, daß das Reich so rasch wie möglich in gewissem Umfange eine militärische Beherrschung erhält. In einzelnen Bundesstaaten besteht leider Neigung gegenüber dem früheren Zustand eine harte Forderung einzutreten zu lassen. Mit diesem Gesetz wird hoffentlich der Anfang zu krasser Einheit auf militärischem Gebiet gemacht. Die Stärke der Reichswehr wird, wenn wir Glück haben, nicht ein Drittel der alten Heeresstärke betragen. Die Verhältnisse der Offiziere zu regeln wird schwer sein. Es gibt viele Formationen, in denen zur Zeit nicht ein einziger Offizier Dienst macht. Selbstverständlich darf der früher militärischer Formationen nicht der Spielball der Nationalisten sein.

Abg. Ahmann (Deutsche Volksp.): Der Glaube an die Gegenrevolution ist ein Irrglaube. Wir im Osten haben ganz andere Sorgen, bei uns geht es ums Leben. Die Polen führen sich nicht an den Dolfsstillsstand. Wir brauchen einen Heimatschutz. Wir können nämlich einfach nicht mehr. Früher herrschte bei uns Sicherheit und Ordnung, heute herrschen Nord und Ostfriesland.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Einzelberatung spricht Minister Roske und teilt mit, daß in deutschen Loketten noch 200 000 Kranke und Verwundete verpflegt werden.

Das Gesetz wird dann mit einigen kleinen Änderungen von der Nationalversammlung angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag, 10 Uhr.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 27. Februar.

Die Arbeiter- und Soldatenräte und die Handelskammern.

Die Handelskammer zu Wiesbaden schreibt uns: Eine bemerkenswerte Entscheidung in bezug auf das Verhältnis der A- und S-Räte zu den Handelskammern wurde kürzlich sowohl vom Herrn Handelsminister wie auch von der Preussischen Regierung gefällt. Veranlassung hierzu gab die Bestellung eines Beigeordneten zu einer Handelskammer durch den Arbeiter- und Soldatenrat zur Ausübung einer Kontrolltätigkeit. Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte dabei unter Hinweis auf den Mitte November an die Ober- und Regierungspräsidenten gerichteten Erlaß bestimmt, daß zur Kontrolltätigkeit seines Beauftragten bei der Handelskammer unter anderem gehören sollte:

1. Kontrolle der Post-Ein- und -Ausgänge, auch Prüfung früherer Korrespondenzen.
2. Einsichtnahme in die im Geschäftsbetrieb der Handelskammer geführten Bücher.
3. Teilnahme an allen Sitzungen, die in der Handelskammer stattfinden, gleichgültig ob diese direkt von der Leitung der Handelskammer oder von anderen Interessengruppen ausgehen.

Die Handelskammer lehnte diese Kontrolltätigkeit mit aller Entschiedenheit ab und wandte sich beschwerdeführend an die zuständigen Stellen. Der Handelsminister entschied hierüber zunächst wie folgt:

„Erlaß der Preussischen Regierung betreffend Betätigung der Arbeiter- und Soldatenräte bei den Kommunalbehörden ist auf Handelskammern nicht anwendbar. Handelskammern sind Selbstverwaltungsbehörden, bei denen eine Beteiligung der Arbeiter- und Soldatenräte nicht statthaft und daher abzulehnen ist.“

Eine endgültige Entscheidung traf die Preussische Regierung selbst, wobei sie ausführte:

„Die Handelskammern sind völlig freie, durch Wahlen der Interessenten aus Handel und Gewerbe gebildete Organisationen. Ihr Zweck ist die Interessen von Handel und Industrie gegenüber anderen Wirtschaftsklassen und gegenüber den staatlichen Behörden durch eine unbeeinträchtigte, von den gewählten Vertrauensmännern des Gewerbes unmittelbar abgegebene Meinungsbildung zu vertreten. Es würde diesen Zweck völlig widersprechen, wenn eine staatliche Kontrolle eingeführt würde, welche lediglich Willensmeinungen, die den Wünschen der jeweiligen Regierung entspräche, zuließe. Auch den Organen der früheren Regierung hat ein solches Kontrollrecht niemals zugehört und die Aufsichtsbefugnisse des Ministeriums für Handel und Gewerbe beschränken sich auf rein formale Fragen. Es kann auch nicht anerkannt werden, daß die den Arbeiter- und Soldatenräten gegenüber Behörden der inneren Verwaltung eingeräumte Kontrollbefugnis eine analoge Befugnis gegenüber den

Handelskammern bedinge. Die Handelskammern nehmen ebenso wie die Landwirtschaftskammern und Handwerkskammern im Staatsorganismus eine ganz andere Stellung ein, als die zur unmittelbaren Ausführung des Staatswillens berufenen Behörden. Ein Kontrollrecht der A- und S-Räte gegenüber den Handelskammern kann daher nicht anerkannt werden.

Turnverein. In überaus würdiger und eindrucksvoller Weise verließ der zu Ehren der heimkehrenden Turner am vergangenen Sonntag veranstaltete Familienabend. Der große Saal vermachte leider nicht alle die turnbegeisterten Scharen zu fassen, die nach so langer Zeit dem Rufe des Vorstandes folgten. In den herzlichsten Worten brachte der zweite Vorsitzende Sander die Freude des Vereins über die Rückkehr seiner Getreuen zum Ausdruck und versicherte sie dauernder Dankbarkeit. Mit tiefer Begeisterung gedachte er dann der lieben Toten, deren Andenken die Anwesenden durch Erheben von den Sitzen ehrten. Weitere Willkommenworte widmeten noch der Gewerbetreibenden und Turnvereine sowie Fabrikant Göttsch ein Keffe des verehrten Altmeisters Götz, mit dem Kopell, getreu dem Wahlspruch „frisch, fromm, frohlich, frei!“ nun wieder am Werk des Aufbaus zu gehen. Von Seiten der Turner dankte Turnlehrer Krumm für die herzlichste Begrüßung und versprach dem Vorstand die treue, tatkräftige Mithilfe aller Turnerinnen und Turner bei keiner schwereren Aufgabe. Unter Liedern des altbewährten Sängerkorps, Musik- und Gesangsvorträgen sowie turnerischen Vorführungen verließen die Stunden nur allzu schnell. Mit Stolz kann der Turnverein auf diese erste, wohlgegelungene Veranstaltung zurückblicken.

Kurbaus, Theater, Vorträge, Vereine, usw.

Lehrerinnenverein für Nassau e. V. Nächste Sitzung findet Samstag, 1. März, 5 Uhr, im Museum I statt.

Kinos, Unterhaltung und Vergnügungen.

Die Kammerlichtspiele bringen ab heute den prächtigen Alwin Neuh-Dilm „Das Pied der Rutier“, Lebensbild in 4 Akten. Das drohliche Lustspiel „Verklitzte Zukäffe“ ergänzt den reichhaltigen Spielplan.

Thalia-Theater. Das große Epikfilmwerk „Der Trompeter von Säckingen“ hat sich großen Anklang gefunden, daß die Direktion das prächtige Filmwerk noch bis einschli. Freitag verlängert hat. Besonders kann dieses Ausnahmestück der Jugend zum Besuche empfohlen werden.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

Pa. Hirschheim, 26. Febr. Keine französischen Lebensmittel für deutsche Einwohner. Den hiesigen Einwohnern wurde der Ankauf von aus den französischen Verpflegungsbetrieben stammenden Lebens- und Genussmitteln nachdrücklich verboten. Die Kaufleute wurden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß jedermann, der im Besitz solcher von Soldaten gekaufter Gegenstände, insbesondere von Tabak betroffen wird, strenge Bestrafung zu erwarten hat.

Vermischtes.

Anti-Spartakus in Braunschweig. Von der Stimmung der Bevölkerung in dem spartakistisch regierten Braunschweig gibt ein großes Blatt Kenntnis, das kürzlich ein Denkmal des Herzogs Wilhelm vor der Burg angezündet war und, nach dem „Bant. Kurier“, die Worte enthielt: Herzog Wilhelm, König hierzulande Und regiere du uns wieder! Laß in diesen schweren Zeiten Lieber Schneider Merges (den jetzigen unabhängigen Gewalthaber) zeitigen!

Die dicke Bertha. Der „Clair“ schreibt: Bei einer der letzten Besprechungen mit den deutschen Bevollmächtigten verlangte Marschall Koch die Auslieferung eines der weittragenden Geschütze, Bertha genannt; an Frankreich, wofür denen Paris beschossen worden ist. Dieses in Frage behandelte Geschütz war von den Deutschen zurückgeführt und in einem ihrer Artillerieparke in der Nähe von Mainz untergebracht worden. Dort wurde es von französischen Leuten inoffiziell entdeckt. Das Geschütz soll offenbar nach Paris übergeführt werden.

104 Tanzverträge sind nach dem Bericht des Staatskommissars für Demobilisierung in der Zeit vom 1. Dezember 1918 bis 18. Januar 1919 in Nassau an die Lustbarkeitssteuer angemeldet worden. Der Bericht schließt mit den Worten: Dieser Verständnislosigkeit weiter entgegenübersteht der Rot der Zeit kann man nur mit Bedauern gegenübersehen.

Vollschewiken, nicht Bolschewiken. Professor G. von Below aus Freiburg i. Br. wendet sich gegen die jetzt fruchtlos unrichtige Schreibform „Bolschewiken“ und fragt: Warum wird das Wort mit der russischen Endung gebraucht? Wir haben doch sonst im Deutschen nicht die russische Deklination! Hier sehen wir, wie sich der Name auch ein Autor hat, der es sonst an deutschem Staats- und Nationalgefühl keineswegs fehlen läßt. Noch häufiger als die Form „Bolschewik“ wird die Form „Bolschewiker“ gebraucht. Berechtigt ist sie nicht in höherem Grad; warum die romanisierende Endung? Sagen wird doch auf die deutsche Art: Bolschewiken. Man könnte auch etwa „Bolschewiker“ vorschlagen, nach Analogie von „Berleser“. Aber das natürlichste bleibt: Bolschewiken und Bolschewikentum für Bolschewismus. Gebrauchen wir die deutsche Form, zum Äußersten Zeichen dafür, daß wir uns den Herrn des Bolschewismus machen, ihn bei uns nicht als selbständige Gewalt aufkommen lassen! Diesem wir überhaupt den Nachweis, daß wir trotz aller Unanständigkeit der Verhältnisse, trotz des fürchterlichen Drucks, der von außen kommt und im Innern auf uns lastet, unsere deutsche Art aufrecht halten wollen!

Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: H. Grottel für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung- und volkswirtschaftliche Angelegenheiten; für Stadt- und Landnachrichten, Verkehr, Sport: L. B. Hans Dänke; für die Anzeigen: Jos. Böhler, sämtlich in Wiesbaden. Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G.m.b.H.

Heute nacht entschlief sanft nach kurzer, schwerer Krankheit unsere geliebte
Schwester Meta Mathilde Schächterle.

Ihr Heimgang bedeutet für unseren Verband einen unersetzlichen Verlust, für unseren Schwesternkreis eine unausfüllbare Lücke.

Wiesbaden, den 26. Februar 1919.

Im Namen der Schwestern: **Oberin Gräfin Üxküll-Gyllenband.**
Rotekreuzschwesternverband des Vaterländischen Frauenvereins
Wiesbaden für das städtische Krankenhaus.

12302

Wir erfüllen die schmerzliche Pflicht, Kenntnis zu geben von dem Dahinscheiden unserer lieben

Schwester
Meta Mathilde Schächterle.

Unser Rotekreuzschwesternverband verliert in der so früh Dahingegangenen eine langjährige Mitarbeiterin, welche dem Verband seit seinem Bestehen angehörte. In jahrelanger Arbeit im Städtischen Krankenhaus und während der ganzen Kriegszeit im Felde widmete sie sich ihren Aufgaben in treuester Hingabe und hat stets freudig ihre reiche Persönlichkeit in den Dienst der Sache gestellt. Die Aerzte verlieren in ihr eine geschätzte Helferin, die Kranken eine sorgende Pflegerin, die Schwestern eine treue Gefährtin. In dankbarer Anerkennung werden wir ihrer stets gedenken.

Das Kuratorium
des Rotekreuzschwesternverbandes des Vaterländischen Frauenvereins Wiesbaden
für das Städtische Krankenhaus.

Die Beerdigung findet Samstag nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt.

Sonnenberg. — Bekanntmachung.

Essentielle Erinnerung wegen Einzahlung von Gemeindeabgaben. An die Einzahlung der 4. Rate Staats- und Gemeindesteuer sowie der sonstigen Gemeindeabgaben wird hiermit öffentlich erinnert.

Es wird gebeten, die Einzahlung bis zum 8. März d. J. bei der Gemeindekasse hier selbst zu bewirken, oder die Überweisung auf Konto 557 bei der Nassauischen Landesbank. Weitere Mahnung ergeht nicht. Für den Fall der Nichtbeachtung unserer öffentlichen Mahnung wird mit der Pfändung am 9. März 1919 begonnen.

Sonnenberg, den 26. Februar 1919.

Der Bürgermeister: Buselt, Bürgermeister. (330)

Bekanntmachung.

Art. 8. Nr. 50/2. 19. R. R. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

Artikel I. Die Bekanntmachung Nr. Pa. 123/3. 17. R. R. A. betreffend Beschlagnahme und Befreiung von Roborationspapieren und Nachpapieren aller Art vom 5. April 1917 tritt außer Kraft.

Artikel II. Diese Bekanntmachung tritt am 7. Febr. 1919 in Kraft.

Berlin, den 7. Februar 1919.

Reichs-Roborations-Abteilung, Wolffbüchel. (17)

Damenfrisieren 1.50
Haarwaschen 2.50
mit Ondulation.
Anfertigung sämtl. Haararbeiten.
Damen-Salon Theis
8 Bahnhofstrasse 8.

Naturhaar- Zöpfe
in grösster Auswahl.
Damen-Friseur **Dette, Michelsberg 6.**
1853 9720
Hand- u. Grammophon
trichterlos, zu kaufen gefast
Dörner, Schwalb. Straße 1.
Mittelbau 1.

Bekanntmachung.
Infolge Ablebens des Sanitätsrats Dr. med. Friedrich Edler ist die von ihm innegehabte Stelle eines **städtischen Schularztes** anderweitig zu besetzen.
Das Gehalt beträgt jährlich 900 M. Bewerbungen sind bis zum 15. März d. J. einzureichen.
Die Anstellungsbedingungen können im städt. Verwaltungsgebäude, Marktstraße 1, Zimmer Nr. 22, vormittags von 9-12 Uhr eingesehen werden.
Wiesbaden, den 26. Februar 1919. Der Magistrat.

Bekanntmachung. betr. Höchstpreise von feuerfesten Materialien (Zilla- und Chamottesteine, sowie Mörtel).
Nr. 8. R. 520/1. 19. R. R. A.
Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:
Die Bekanntmachung Nr. E. 1/8. 18. R. R. A. vom 14. September 1918, betreffend Höchstpreise von feuerfesten Materialien (Zilla- und Chamottesteine, sowie Mörtel) tritt mit Wirkung ab 1. Januar 1919 außer Kraft.
Durch diese Aufhebung wird die Wirksamkeit von Verträgen, die zur Zeit des Bestehens der festgesetzten Höchstpreise abgeschlossen worden sind, nicht berührt. In solchen Verträgen der Preis durch den jeweils zur Zeit der Lieferung geltenden Höchstpreis bestimmt, so tritt an die Stelle des Höchstpreises der zur Zeit der Lieferung angemessene Preis. Lieferungen, die zum Zwecke der Ausübung von Rotationsleistungen im Sinne der Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung Nr. 11 190/18. D. R. A. vom 21. November 1918 auszuführen sind, dürfen keine Preise gefordert werden, als die im letzten Vierteljahr 1918 geltenden Höchstpreise.
Berlin, den 5. Februar 1919.
Reichs-Roborations-Abteilung, Wolffbüchel.

In unser Handelsregister Abt. A Nr. 60 wurde folgender eingetragen: **Peter Mid, Kohlen- und Baumaterialienhändler** in Friedhofen. Die bisherige Inhaberin Witwe Peter Mid hat den Geschäft an ihre Söhne **Peter und Anton** übertragen. Die Inhaber des Geschäftes unter der Firma **Peter Mid & Söhne** als Handels-Gesellschaft fort.
Sadamar, den 10. Februar 1919. Amtsgericht.